

Stimme der Freiheit

Mitteilungen für Mitglieder und Freunde der Freien Bürger Union

Nr. 2/09, Sondernummer zur Landtagswahl an der Saar am 30. Aug. 2009, 10. Jahrgang

Die Freie Bürger Union stellt sich vor

FBU - Frisch - Bürgernah - Unglaublich, --- aber wahr!

Die FBU ist nicht in dieser Welt, um so zu sein, wie andere sie haben möchten!

Zunächst eine Anmerkung für alle in- und ausländischen Schlapphüte: Nachfolgende Worte wurden geschrieben von „Kleiner Sarkasmus“. Kleiner Sarkasmus zeichnet damit im Sinne der herrschenden Medieneinheit und Meinungseinfalt für alles verantwortlich. Herr Sarkasmus wohnt überall...

Ende der 80er, zu Beginn der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts beschlossen einige Bürger aus Bayern, sich für eine bürgernahe und eigenbestimmte Politik einzusetzen. Um der in ihren Augen abgehobenen und abgewirtschafteten Politikerkaste Paroli zu bieten, gründeten sie die **FREIE BÜRGER UNION**. Seitdem leisten sie, nach vorne blickend, in der Tradition der Freien Wähler ganze Arbeit in den kommunalen Parlamenten.

Aber auch auf Länder- und Bundesebene sind wir bereit, uns an unserem Mitbegründer und geistigen Vater, Ex-MdB Rechtsanwalt Ortwin Lowack, messen zu lassen und uns in Verantwortung vor Gott und den Menschen einzubringen und mitzuwirken.

Wir stehen nicht links, wir stehen nicht rechts, wir stehen senkrecht! Und wir stehen zu dem, was wir tun!

Vor dem Hintergrund der in weiten Bereichen unserer Demokratie fehlenden Rechtstaatlichkeit haben wir unserer vierteljährlich erscheinenden Zeitung den Namen „**STIMME DER FREIHEIT**“ gegeben. Gründe hierfür gibt es leider reichlich: Unzählige Tabuthemen, die eingeschränkte Meinungsfreiheit, die Enteignung der Ostdeutschen, die nachträgliche Enteignung der Mitteldeutschen, die unzureichende Wiedergutmachung der Opfer des rot lackierten DDR-Faschismus, Antidiskriminierungsgesetz, Europäischer Haftbefehl, ...

„Die DDR ist wieder auferstanden.“ So Prof. Dr. Bernd Rabehl über die Verfolgung missliebiger Meinungen in der BRD. Hierzu ein Zitat von Thomas Jefferson:

„Nur der Irrtum braucht die Stütze der Staatsgewalt; die Wahrheit steht von alleine aufrecht!“

Daß wir verantwortungsbewußt mit Geld umgehen können, das beweisen wir in Stadt und Land seit Jahren. Je nach Verband der FBU können Sie schon, einkommensunabhängig, ab einem **Jahresbeitrag von nur 10,-- €** (z. B. in Baden-Württemberg oder im Saarland) Ihre Vorstellungen in die politische Arbeit einbringen. Darüberhinaus versteht sich der Jahresbeitrag auch als *Familienbeitrag*, d. h. bis zu zwei Personen in einem Haushalt zahlen nur einen Jahresbeitrag. Nicht selten gibt es sogar noch Zuschüsse zu Veranstaltungen und Ausflügen, geht es uns doch vor allem darum, daß niemand, nur des schnöden Mammons wegen, darauf verzichten muß, sich und seine Fähigkeiten unserem Staat und der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen und gemeinsam mit uns um die besten Lösungen zu ringen.

Wir brauchen keine Schwätzer, sondern Macher! Unsere karge Freizeit ist uns zu kostbar, um sie mit Nörglern und Besserwissern zu verbringen. Wir sind keine Freunde von Egozentrikern. Wer mitwirkt, wer eigenverantwortlich *handelt*, auch wenn ihm dabei Fehler unterlaufen, der ist uns tausendmal lieber, als jeder noch so gescheit Daherredende, der sich lediglich seinen Hintern plattdrückt. Wer letzteres vorzieht, der wende sich doch bitte gleich an die sogenannten „großen Volksparteien“, um dort sein Ego auszuleben. Übrigens:

Gerne können Sie sich für den Bezug unserer Zeitung auch nur als Gastleser eintragen lassen.

BILDUNG - Um es ganz deutlich zu sagen: Wer noch nie mit seiner Hände Arbeit seinen Lebensunterhalt bestritten hat, der hat in den Parlamenten nichts verloren!

Unsere Kinder sind sonst die Leidtragenden. Deshalb muß Schluß sein mit den seit Jahrzehnten erfolglos angewandten und verstaubten sozialistischen Bildungsexperimenten. Bewährtes zu erhalten, auszubauen und auch vom Ausland zu lernen, das muß unsere Devise sein.

Ende des 19. Jahrhunderts war Deutschland das führende Land auf allen Gebieten der Wissenschaft, der Forschung und Technik, weil wir über ein höheres Bildungsniveau als alle anderen Länder verfügten. So entfielen von 1901 bis 1919 auf Deutsche Wissenschaftler in Physiologie, Medizin, Chemie und Physik mehr Nobelpreise, nämlich 17, als auf die Wissenschaftler von Frankreich, Niederlande, Schweden und die USA zusammen (15 Nobelpreise).

Und lernen muß Deutschland in allen Bereichen. Es darf den Euro nicht aufweichen lassen und muß seine **FINANZEN** in Ordnung bringen, damit Wohlstand wieder möglich wird und nicht Abgaben und staatliche Zinszahlungen unser Volk weiter in die Armut treiben. Der exorbitante finanzielle Anteil, den Deutschland in einer unangebrachten Großmannssucht in alle Welt verteilt, muß endlich überdacht werden. Doch die Regierung meint lediglich: „Europa kann uns gar nicht teuer genug sein“ (Regierungssprecher T. Steg). Damit weiß nun auch der letzte Bürger, warum wir 2007 so eine saftige Merkelsteuer, pardon, Mehrwertsteuererhöhung bekamen. - Erst wurden wir jahrelang verkoht, dann wurden wir verschrödert und jetzt werden wir auch noch ausgemerkelt. So sieht jetzt endlich auch der letzte Pisa-Geschädigte den finsternen Tunnel am Ende des Lichts.

Subventionen sind entgegen aller Einzelinteressen rigoros zusammenzuziehen, nicht zuletzt, um ein einfaches **STEUERSYSTEM** zu etablieren, das nicht, wie derzeit, *allein* zu zwei Dritteln der *weltweiten* Steuergesetzgebung wie ein Krebsgeschwür ausgewuchert ist. Niedrige und einfach nachzuvollziehende Steuersätze müssen wieder Spaß auf Leistung machen.

„Die ersten Leidtragenden ... sind wir Steuerzahler. Wir finanzieren die Faulheit, die Feigheit und die Phantasielosigkeit unserer Politiker“ (BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel am 8.11.2005).

Die reden von der Zukunft, versagen in der Gegenwart und begründen das dann noch mit ihren eigenen „Altlasten“ aus der Vergangenheit.

Insbesondere der innovative und Arbeitsplätze schaffende **MITTELSTAND** ist *spürbar zu entlasten* im Gegensatz zur bisherigen Politik, den Großkonzernen Puderzucker und Steuergelder des Mittelstandes hinten rein zu blasen, - und vorne heraus ernten wir Arbeitslose.

Die Menschen sollten über eine sehr hohe *staatliche Sparzulage* durch Beteiligungsfonds vom Wachstum der deutschen **WIRTSCHAFT** partizipieren, damit der Arbeitnehmer mit seiner gegenüber den Maschinen immer wertloser werdenden Arbeitskraft nicht letztlich auf der Strecke bleibt. Damit wird er am Ertrag der „Maschinen“ und der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft angemessen beteiligt. Wir nennen dieses zwanglose Modell „Überführung von Produktivkapital in Arbeitnehmerhand“.

Ein Herr Müntefering (SPD) meinte mal, daß zur Ankurbelung der Wirtschaft die Ladenschlußzeiten verlängert werden müßten. Da frage ich mich doch, wozu brauchen wir längere Ladenschlußzeiten? Damit wir uns abends in aller Ruhe ansehen können, was wir uns nicht mehr leisten können?

In Bezug auf die andere Seite der Medaille verschließen wir uns genauso wenig wie die Mehrzahl der Industrienationen einem angemessenen **MINDESTLOHN**, damit nicht der Bürger und Steuerzahler das Lohndumping in Deutschland über Lohnzusatzleistungen finanzieren muß. Geradezu unerträglich ist, daß, während dem Arbeitnehmer einerseits der branchenübergreifende Mindestlohn verweigert wird, sich die Manager, selbst bei schlechtester Geschäftsführung, in verantwortungslosester Manier zu Lasten der Belegschaften bedienen.

Millionen **ARBEITSPLÄTZE** könnten geschaffen werden, wenn die - derzeit leider gegenteiligen - Rahmenbedingungen es zuließen, daß die herausragenden Erfindungen und Entwicklungen Deutscher auch hier realisiert werden könnten, ohne den Weg ins Ausland antreten zu müssen!

Die **deutsch-russische Zusammenarbeit** ist zu beiderseitigem Nutzen zu intensivieren. Nicht nur in den russischen Rohstoffen liegt die Zukunft Deutschlands. Fachkräfte und Kapital würden Rußlands Potentiale erschließen, und die Gegensätze der Großmächte würden vor diesem Bild friedlicher Zusammenarbeit verblassen. Wohlstand und Arbeit für Russen und Deutsche! Deutschlands Zukunft liegt nicht *allein* in der übertrieben einseitigen Westbindung.

ENERGIE - Die wirtschaftliche Sicherstellung unserer Zukunft als auch eine lebenswerte Umwelt für unsere Nachkommen erzwingt nicht selten einen Spagat in der Güterabwägung. Aus beiden Gründen setzen wir für die noch wenigen Jahrzehnte bis zur dann hoffentlich weltweiten Nutzung der Fusions-technologie auf Atomstrom. Dabei ziehen wir es vor, unsere Energie aus den sichersten Kraftwerken der Welt, aus deutschen Kraftwerken, zu beziehen, statt Strom aus vergleichsweise wesentlich weniger sicheren ausländischen Kernkraftwerken zu importieren. Wir verlangen die Einstellung jeglicher Subventionierung von auf Dauer unwirtschaftlicher Energie. Alle Kräfte sind zu bündeln, um die Fusions-technologie weiter voranzubringen, bevor unsere Erde endgültig kippt.

Vor dem Hintergrund Millionen hungernder Menschen ist es ein Verbrechen, Nahrungsmittel zu Sprit zu verarbeiten.

Jahrhundertlang im deutschen Land war Rückgrat stets der **BAUERNSTAND**. Doch mancher denkt bei vollem Tisch: „Die Bauern brauchen wir doch nicht.“ Die Menschen planen, doch es lenkt ... ein and'rer anders als man denkt. Ein Blick weit in die Welt uns lehrt: „Das eigene Brot ist Goldes wert.“

Ach ja, die **Grünen**: Zuerst trugen sie Kröten über die Straße, jetzt schaufeln sie die Kröten in die eigenen Taschen. Wo sind sie geblieben, die Idealisten von einst? So wundert es nicht, wenn so manch einer heute leise vor sich hindenkt: „Ja, ja, lieber ein Haus im Grünen, als ein Grüner im Haus!“

Und noch einmal: Die FBU ist nicht in dieser Welt, um so zu sein, wie andere sie haben möchten! Wir warten auf Sie, denn alles Große in der Welt geschieht nur, weil jemand mehr tut als er muß.

Der **ÖFFENTLICHE DIENST** ist endlich angemessen an der gesellschaftlichen Einkommensentwicklung zu beteiligen. Die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes haben keine Schuld an der überbordenden Staatsverschuldung und dem ständigen Aufgabenzuwachs in nahezu allen Bereichen der Verwaltung. Auf ihrem Rücken wird seit der Weimarer Republik und seit dem Dritten Reich die Schiefelage der öffentlichen Haushalte ausgetragen, wohingegen die Verursacher der Misere, „unsere“ Politiker, sich ohne jegliche Vorbildfunktion und ohne sich zu schämen, selbst bedienen.

VERWALTUNGSDSCHUNGEL - Die Sanierung der öffentlichen Haushalte muß schnellstens mit einer rigorosen Zurückschneidung des leider weltweit unangefochten größten Verwaltungs- und Vorschriftenschungels eingeleitet werden. Dazu ist die ausufernde Verwaltung *zumindest* auf das gerade noch erträgliche Maß unserer Nachbarländer zurückzufahren. Schon das würde unserer Wirtschaft Flügel verleihen.

ENTWICKLUNGSHILFE - Ebenso ist die an Selbstbedienung grenzende „selbstverständliche“ Versorgung der Herrschereliten gerade der ärmsten Länder durch die falsche deutsche Entwicklungshilfepolitik zu Lasten des deutschen Steuerzahlers künftig zu unterbinden.

VERTEIDIGUNG - Ohnehin hat Deutschland nirgendwo in der Welt, nirgendwo im Ausland irgendetwas zu suchen oder gar verloren, und schon gar nicht auf Kosten unserer Soldaten, solange Deutschland (und nicht etwa Libyen oder Libanon oder ...), gemäß Artikel 53 und 107 UNO-Charta seit Kriegsende und noch immer, und dazu noch einziger(!) Feindstaat der ganzen Welt ist! Deutschlands Sicherheit wird nicht am Hindukusch verteidigt, sondern aufs Spiel gesetzt!

Der deutsche Soldat, hält er Wacht am Rhein? Dort steht er nicht, oh nein.

Er steht in Afghanistan am Mohnfeldrand. Dort hält er Wache für sein Vaterland ...

EINWANDERUNG - Deutschland wird in der UNO eine seinen Verdiensten und seinen Beitragszahlungen entsprechende Rolle seit jeher verweigert. Deutschland ist keine Großmacht und von daher auch nicht berufen, sich für alles Leid in der Welt verantwortlich zu fühlen. Deutschland ist kein klassisches Einwandererland wie etwa die USA, sondern hat eine eigene über Jahrhunderte gewachsene Kultur, deren Niedergang auch und gerade für das abendländisch geprägte Europa ein großer Verlust wäre.

Im „klassischen“ Einwanderungsland USA kommt nur ein Asylsuchender auf 14.000 Einwohner, in Deutschland einer auf 1.700. Um einer fortgesetzten Zuwanderung in die sozialen Netze und einem künftigen Bürgerkrieg zu begegnen, hat sich die Einwanderung an den Bedürfnissen nicht der Einwanderer zu orientieren, sondern nach den Bedürfnissen unserer Gesellschaft zu richten. Entsprechend sehen wir in der dänischen Einwanderungspolitik ein nachahmenswertes Vorbild auch für die Bürger unseres Landes. Es ist schlicht Wahnsinn, bei Millionen von Arbeitslosen unausgebildete Einwanderer ins Land zu holen.

DEMOKRATIE – Eine unabdingbare Voraussetzung für die Höherentwicklung der Menschheit ist ein offener Geist. Wir müssen nicht nur lernen, unsere Meinungsverschiedenheiten zu tolerieren: Wir müssen sie willkommen heißen als den Reichtum und die Vielfalt, die zu wahrer Intelligenz führen können (Albert Einstein). Demokratie heißt Akzeptanz einer Vielfalt von Meinungen. Sie lebt im ständigen Ringen um machbare Lösungen. Sozialisten und Kommunisten mögen wir nicht, sind sie doch unvereinbar mit der Demokratie. Denn Sozialisten und Kommunisten akzeptieren nur eine Meinung, und das ist uns einfach zu einfältig. Und auch die über hundert Millionen Opfer unter Hammer und Sichel und nicht zuletzt an der Berliner Mauer können uns für die Leichenhausideologie der Linksparteien genauso wenig begeistern wie die National-„Sozialisten“. Wie sagt ein altes deutsche Sprichwort: Wer mit den Kommunisten zu Bett geht, der wacht mit ihren Wanzen auf!

BÜRGERBETEILIGUNG - Ohnehin ist der Bürger von den wirklich wichtigen Entscheidungen des Staates in einer Weise ausgeschlossen, die der parlamentarischen Demokratie keine Ehre macht. Dazu Ex-Kanzler Helmut Kohl: „Wo kommen wir hin, wenn die Bevölkerung über so wichtige Dinge selbst entscheiden soll?“ Purer Zynismus einer selbstherrlichen und überheblichen Politikerkaste! Ja, wo sind wir da eigentlich hingekommen?

Die Beteiligung des Bürgers an der über ihn nur allzu oft hinweg bestimmenden Politik ist zu stärken. So sollte z. B. auch der Bundespräsident nicht von der Bundesversammlung, sondern vom Volk gewählt werden. „Es liegt noch immer in unserer Macht, uns über die, seien es eingebildete, seien es reale Ängste zu erheben und die großen Bürden, die das Schicksal uns auferlegt hat, auf uns zu nehmen – nicht für unser Land allein, sondern zum Wohl der ganzen Welt.“ (*Helen Keller*)

Ebenso ist die **RECHTSTAATLICHKEIT** auszubauen bzw. wiederherzustellen. Z. B. sind die Grundrechte und Grundfreiheiten (über 60 Jahre nach Kriegsende) von Einschränkungen zu befreien, der Gesinnungsparagraph 130 StGB, das europäische Antidiskriminierungsgesetz und der Europäische Haftbefehl sind zu überarbeiten, die bis 2099 festgeschriebene Medienhoheit der Siegermächte ist zu beenden, und die höchsten Richter der Republik dürfen nicht länger „von der Politik“ ernannt werden. „Immer, wenn versucht wurde, Freiheit, Rechtsstaat und offenes geistiges Klima dadurch zu schützen, dass man sie einschränkt, war der Totalitarismus hinterher eher gestärkt als schwächer“ (Graf Lambsdorff).

Völker, hört die Signale, auf zum letzten Gefecht, die **FREIE BÜRGER UNION** streitet für das Menschenrecht! Wir streiten mit Herz und Hand, wir streiten für unser Land!

Was Staaten voranbringt, ist nicht der Sieg einer Fraktion über die andere, sondern ihre Aussöhnung (Henry Kissinger). Wir wollen den Sieg – doch über keinen Staat und kein Volk, sondern über die Unwissenheit, die Armut, die Krankheit und die Entwürdigung des Menschen. Wir wollen den Sieg über das „Zuerst komme ich“! Denn zuerst kommt das Wohl des anderen, das Wohl des eigenen Volkes, der Umwelt und der eigenen Gemeinde. Wir rufen alle uneigennütigen Menschen auf, wieder aufzubauen, was selbstsüchtige Menschen zerstört haben. Wir rufen alle Bürger auf, sich für unser Gemeinwesen und ihre Mitmenschen einzusetzen. Denn was wir *heute* tun, beeinflusst das Morgen!

Auf jedem Schiff, das dampft und segelt, gibt's einen, der die Sache regelt. Warum sollten das nicht SIE sein? Also nicht lange gefackelt, sondern mitgemacht! Denn "wir sind zu allem imstande, wozu wir uns aus ganzem Herzen entschließen" (*Thomas Jefferson*).

In eigener Sache: Wir erfüllen keine Anforderungen – wir setzen Maßstäbe. - Wer meint, bei uns ginge alles etwas durcheinander, der hat nicht einmal so ganz unrecht, sind wir doch die Partei der geistigen Vielfalt. Und das ist auch die gewaltige Kraft unserer jungen Bewegung, die sich positiv von unserer ganzen politischen Konkurrenz abhebt. Denn wenn alle dasselbe denken, dann denkt keiner mehr. Bei uns hingegen herrscht wahre Demokratie. Jeder denkt etwas anderes! ... **ABER ALLE DENKEN!**

Deutsch ist die Saar

Hubert Ney, geb. am 12. Oktober 1892 in Saarlouis, war wie Kurt Schumacher (Preuße und Vorsitzender der SPD) ein Held. Er verlor – wie Kurt Schumacher – im Krieg einen Arm, wurde ebenfalls Jurist und war, auch wie Kurt Schumacher (aber im Gegensatz zu Konrad Adenauer) ein Patriot. Als Saarlouiser Rechtsanwalt verteidigte er den Industriellen Hermann Röchling gegen die französische Besatzungsmacht. Hermann Röchling wollte, wie Hubert Ney auch, das Saargebiet heim ins Reich führen. 1935 – endlich – durften die Saarländer ihr Selbstbestimmungsrecht wahrnehmen und über ihre Zukunft abstimmen.

Obwohl im Reich die Nazis herrschten und obwohl Hubert Ney dem Zentrum (katholische Partei, eine Art CDU) angehörte, trat er für die deutsche Einheit ein.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wollten sich die Franzosen das Saarland erneut widerrechtlich aneignen. Gemeinsam mit Johannes Hoffmann gründete Hubert Ney 1946 die Christliche Volkspartei (CVP). Als er erkannte, daß Johannes Hoffmann gemeinsame Sache mit dem Besatzungsregime machte, trat er aus und gründete die CDU-Saar. Ganz ein anständiger Deutscher, rief er gemeinsam mit der SPD und der FDP (DPS) den „Heimatbund“ ins Leben, der den frankophilen Kollaborateuren die Stirn bot. Die Saarländer stimmten für Deutschland und Ney (CDU) bildete mit den anderen Heimatbund-Parteien eine Koalition. Hubert Ney wurde am 10.01.1956 zum Ministerpräsidenten gewählt. Er wollte keine ehemaligen Kollaborateure, die in seinen Augen wohl Vaterlandsverräter waren, in die CDU aufnehmen. Damit zog er sich den Unwillen seines Bundesvorsitzenden Konrad Adenauer zu. Hubert Ney wurde als Vorsitzender der CDU-Saar abgelöst und auch als Ministerpräsident. 1959 trat er aus der CDU aus. Tief verletzt gründete er eine neue Partei, die „Christlich-Nationale Gemeinschaft“, die bei den Landtagswahlen 1960 aber nur 2,6 Prozent der Stimmen erhielt. 1969 warb er als alter Mann schließlich für die NPD. Am 03.02.1984 starb er in seinem Geburtsort Saarlouis.

Ein wahrhafter Freund Deutschlands, leider von allen anständigen Deutschen vergessen. Nicht ein einziger Straßename in ganz Deutschland erinnert an diesen großen Deutschen, nicht einmal in seiner Geburtsstadt Saarlouis. Man kann sich nur schämen für den Undank unserer Volksvertreter und der von ihm gegründeten CDU-Saar.

FBU – In der Weltpolitik bewandert, im Saarland zuhause!

Wo die Guten nicht kämpfen, da siegen die Schlechten.

NEIN zu SPD, NEIN zu CDU, stattdessen wähl ich FBU!

Bitte empfehlen Sie uns weiter und unterstützen Sie unsere Arbeit mit einer Spende.

Impressum, Herausgeber: Freie Bürger Union (FBU), Landesverband Saar,

Internet: www.freie-bürger-union-bundesverband.de, **V.i.S.d.P.:** Axel Enders, 2. Landesvorsitzender.

Anschrift: FBU, Stimme der Freiheit, Hermannstr. 6, D-66346 Püttlingen.

Schriftleitung: Dieter Müller, Schulstraße 6, D-66901 Schönenberg-Kübelberg, Tel. und Fax: 06373-891794, E-Mail: FBUSaarpfalz@aol.com **Anzeigen:** Bitte Anzeigenpreisliste anfordern.

- Konto 29012655, Sparkasse Saarbrücken, BLZ 59050101 -